Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 49 (1955)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : Verdunkelung ; Im alten Geist ; Neuer Geist! ; Schwierige Lage der DDR ; Ursachen und Wirkungen ; Was ist zu tun? ; Zur Lage des Sozialismus ; Man sollte miteinander reden!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140024

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

unseres Bundes hinwiesen, sich verwirklichen, und ob wir willens und fähig sind, der jetzigen Situation ins Auge zu sehen und brüderlich offen keine Anstrengung zu scheuen, um durch das echte Gespräch so oder so zur Klarheit zu kommen, die uns dann einen neuen Weg weisen wird.

Carmen Weingartner-Studer *Albert Böhler*

WELTRUNDSCHAU

Verdunkelung Die Weltlage steht immer noch im Zeichen von «Genf». Das heißt: sie wird beherrscht von der Erkenntnis, die an der Genfer Konferenz der vier Staatschefs zum erstenmal an oberster Stelle sichtbar durchgebrochen ist, daß es keinen Krieg mehr geben *darf*, wenn nicht ganze große Teile der (mehr oder weniger) zivilisierten Menschheit ausgerottet und die übrigen in ihrem Weiterleben aufs schwerste gefährdet werden sollen. Das Licht, das in Genf aufgesteckt wurde, leuchtet weiter; aber es ist große Gefahr daß es wieder mehr und mehr verdunkelt wird — so sehr, daß die Verdunkelung geradezu einer Auslöschung des Lichtes gleichkäme. Worauf wir schon in unserer letzten Rundschau aufmerksam gemacht haben, das ist in den vergangenen Wochen immer klarer geworden: die Erkenntnis, daß die neuen Massenvernichtungswaffen den Krieg als Fortsetzung und Mittel der Politik unmöglich gemacht haben, droht zum bloßen Lippenbekenntnis zu werden, dem keine ernsthafte Tat folgt. Man weigert sich, die Konsequenz aus der Revolution der Kriegstechnik zu ziehen und die zwischen den Staaten schwebenden Streitfragen in einem *neuen* Geist zu behandeln. Man fährt fort, im alten Geiste des Mißtrauens, der gegenseitigen Anklagen, des egoistischen Sich-selbst-durchsetzen-Wollens miteinander zu reden — so, als ob man nach wie vor bereit wäre, zu den Waffen zu greifen, wenn der andere nicht endlich seine Friedfertigkeit eindeutig beweise. Man beteuert wohl unaufhörlich, daß man selbst keinen Krieg wolle, betreibt aber wie eh und je eine Politik, die unweigerlich, wenn auch vielleicht absichtslos, zum Krieg führen *muß*, wenn sie nicht noch rechtzeitig umgekehrt wird.

Schlimm ist namentlich, daß auch ein Eisenhower, der doch in Genf durch seine Anerkennung des Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion so viel zur Entspannung beigetragen hat, neuerdings ganz im Sinne von Dulles, seines bösen Geistes, nachdrücklich betont, Verzicht auf Krieg heiße niemals Anerkennung der bestehenden Machtverhältnisse in Osteuropa und anderwärts, und das bedeutet doch,

daß die Ostvölker, von der Oder bis zum Gelben Meer, «befreit» und Kommunismus und Revolutionarismus «unschädlich gemacht» werden müßten — ein Ziel, das nach Lage der Dinge sicher nicht mit friedlichen Mitteln erreicht werden kann, *wenn* es überhaupt erreicht werden könnte. Der Gedanke des friedlichen Wettbewerbs zwischen Kapitalismus und Kommunismus, der die vorläufige loyale Anerkennung des gegenseitigen Besitzstandes einschließt, hat sich mindestens in den Vereinigten Staaten an den maßgebenden Stellen noch keineswegs durchgesetzt; man verlangt immer noch, daß zuerst einmal die Regierungen der Sowjetunion, Chinas und der anderen kommunistisch beherrschten Staaten ihre Völker «freigeben», obwohl man genau weiß, daß diese Staaten nicht in eine Neuordnung ihres jetzigen Einflußraumes willigen werden, die mehr oder weniger das alte feudalkapitalistische Regime wiederherstellen und die Welt dem «freien Unternehmertum» unter amerikanischer Führung ausliefern würde.

Es ist nur logisch, wenn unter diesen Umständen hüben und drüben auf das «letzte Mittel der Könige», die kriegerische Gewaltanwendung, durchaus nicht verzichtet wird. Wohl hat die Sowjetunion ihre Streitkräfte um 640 000 Mann verringert, und die Tschechoslowakei sowie Rumänien sind ihrem Beispiel gefolgt; aber das ist eben doch nur ein erster Schritt auf dem Wege der einseitigen Abrüstung eines Staates oder einer Staatengruppe, der beschritten werden *muß*, wenn — wie sehr wahrscheinlich — die Verhandlungen über eine gleichzeitige Abrüstung *aller* Militärmächte weiterhin ergebnislos bleiben *. Und was die kapitalistische Welt betrifft, so hängen in ihr mit der *Auf*rüstung ja so viele materielle Interessen zusammen, daß schon das allein, wie man längst weiß, eines der schwersten Hindernisse der Abrüstung darstellt. Vor anderthalb Jahren, nach den ersten Versuchen mit der Wasserstoffbombe, stellte denn auch die in diesen Dingen wohlunterrichtete amerikanische Wochenschrift «U. S. News and World Report» (23. April 1954) ganz sachlich fest:

«Die H-Bombe übt bereits ihre Wirkungen auf die Wirtschaft und die Wirtschaftsplanung aus. Die Absatzmärkte für viele Waren haben sich nach den letzten Bombenexplosionen befestigt. Die Regierung, die nur zögernd ihre Lagervorräte abbaut, kehrte plötzlich ihre Haltung um. Überschußprodukte, die als Belastung erschienen waren, begannen in einer mit Gefahren erfüllten Welt ein anziehenderes Äußeres anzunehmen. Und das ist erst ein Anfang. In den vor uns liegenden Jahren werden sich die Wirkungen der Bombe immer stärker geltend machen. Wie sich ein Beobachter ausdrückte: ‚Die H-Bombe hat mit dem Krisendenken aufgeräumt.' Die H-Bombe wird tatsächlich einen Umschwung in der Haltung der ganzen Nation herbeiführen. Die Rüstungsausgaben werden offenkundig auf unabsehbare Zeit hinaus noch bleiben ... Es besteht keinerlei Aussicht, daß die Regierung ihren Vorsprung

* Auch die freiwillige Herausgabe des Militärstützpunktes Porkkala, den die Sowjetunion auf finnischem Boden betrieb, gehört in diesen Zusammenhang. Die Amerikaner nahmen diesen Rückzug zwar mit Befriedigung auf, beeilten sich aber zu erklären, daß *sie* «selbstverständlich» *ihre* Militärstützpunkte auf fremdem Boden nicht räumen würden.

im Wettrüsten mit Atom- und Wasserstoffbomben aufs Spiel setzen wird ... Nicht nur Rohstoffe, sondern auch Waffen, Fertigwaren und Werkzeuge dürften jetzt aufgestapelt werden. Die Luftwaffe plant unterirdische Speicherräume für Werkzeug-Maschinen und Produktionsausrüstungen, die zwar nicht jetzt, aber doch im Kriegsfall benötigt würden ... Mittlerweile werden die regulären Vorräte von Metallen und anderem Kriegsmaterial aufgefüllt ... Der Grundgedanke ist, genug Material aufzuspeichern, daß das Land drei Jahre Krieg durchhalten kann.» Und so weiter.

«Das ist erst ein Anfang», heißt es in dem soeben zitierten Artikel. Und tatsächlich hat man nach allem, was seither verlautete, keinen Grund anzunehmen, daß die mächtigen Nutznießer der amerikanischen Kriegsrüstungen etwa durch die Genfer Julikonferenz veranlaßt worden seien, ihre Spekulationen und Vorbereitungen einzustellen oder auch nur herunterzuschrauben. Gewiß, sie sind nicht *all*mächtig; ein wesentlicher Teil der USA-Industrie gibt sich Rechenschaft von den katastrophalen Folgen, die ein neuer Krieg auch für den amerikanischen Kapitalismus haben müßte. Ihr Interesse an der Rüstungsproduktion geht — von allgemein «nationalen» Erwägungen abgesehen — nur soweit, als diese Produktion nötig scheint, um eine sonst nicht zu vermeidende Wirtschaftskrise abzuwehren. Aber ist es nicht vermessen, die Kriegsrüstungen so sorgfältig dosieren zu wollen, daß sie zwar ausreichen, um Vollbeschäftigung und gute Profite zu sichern, aber doch nicht kriegerzeugend wirken? Droht nicht nach alter Erfahrung der militärische Riesenapparat, wenn er einmal aufgebaut und in Betrieb gesetzt ist, den Ingenieuren aus der Hand zu gleiten und seinen eigenen tödlichen Gesetzen zu folgen?

Im alten Geist Auch sonst in der westlichen Welt, außerhalb Amerikas, denken die Militärs und Politiker ganz und gar nicht an Abrüstung. In der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» (August 1955) fordert ein Hauptmann Meßner — der anscheinend für einen großen Teil der Milizoffiziere spricht — defensive *Atomwaffen auch für die Schweiz*, seien sie doch in einem künftigen Krieg «vielleicht das einzige Mittel, um den Kampf von unsern Landesgrenzen fernzuhalten» — als ob inmitten eines atomisierten Europas die Schweiz überhaupt noch leben und atmen könnte, auch wenn wir gar nicht in die eigentlichen Kampfhandlungen hineingezogen würden! Und erst recht betreibt man in *Westdeutschland* die Neuaufrüstung, im Rahmen der atlantischen Gesamtwehrmacht, fieberhaft und zielbewußt. Weit davon, sich durch die Aussicht auf eine friedliche Verständigung zwischen Ost und West zu einem neuen Kurs bestimmen zu lassen, witterte die Regierung Adenauer in den Vorbereitungen zur Genfer Konferenz nur eine Gefahr für ihre Aufrüstungspolitik, die es nicht erlaube, mit der Verabschiedung der Gesetze für die Schaffung einer neuen Wehrmacht bis zum Frühjahr 1956 zu warten, wie das bisher geplant war. Jetzt mußte in

aller Hast ein Rahmengesetz ausgearbeitet und im Parlament durchgepeitscht werden, das formell nur die Anwerbung von 6000 Freiwilligen für die kommende Armee vorsieht, tatsächlich aber die Grundlage für den ganzen weiteren Aufbau der Wehrmacht bildet, insbesondere durch die Einsetzung eines Personalausschusses, der das massenhafte Wiedereinströmen nicht allzusehr bloßgestellter höherer Hitler-Offiziere in die Bundesstreitkräfte erlaubt. Gerade noch vor Beginn der Genfer Konferenz hat Adenauer so eine fertige Tatsache geschaffen, die ihre unheilvollen Wirkungen zu zeitigen nicht verfehlen wird. Westdeutschlands Anschluß an den atlantischen Militärblock wird von nun an unwiderruflich feststehen und alle Bemühungen zunichte machen, die deutsche Einigung durch Eingliederung Deutschlands in ein *allseitiges* europäisches Sicherheitssystem, also durch seine Lösung von *beiden* Machtblöcken, zustande zu bringen. Vorschiebung des amerikanisch-westmächtlichen Militärblockes bis an die Oder (auf Grund gesamtdeutscher Wahlen, die schon allein wegen der zahlenmäßigen Überlegenheit der Westdeutschen die bedingungslose Verdrängung der Sowjetunion aus Ostdeutschland bringen müßten), Zurückholung der verlorenen Provinzen jenseits der Oder und Neiße, «Befreiung» Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns usw. vom «bolschewistischen Joch», «Befreiung» der Sowjetvölker selber — das bleibt das Programm der Bonner Republik, und die neue Wehrmacht soll eines der wichtigsten Werkzeuge sein, um es im Verein mit den atlantischen Bundesgenossen durchzusetzen. Der alte deutsche Geist in Reinkultur!

Nun trat freilich die Regierung der Sowjetunion diesen Plänen mit einem «typischen Störmanöver» in den Weg, indem sie Adenauer und seine Mitarbeiter *nach Moskau* zu Verhandlungen einlud, die die Aufnahme normaler *diplomatischer Beziehungen* zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion zum Gegenstand haben sollten. Allein Bonn ließ sich dadurch nicht aus dem Konzept bringen. Es nahm zwar die Einladung an, machte aber klar, in welchem Geist das geschah, am klarsten wohl in jener Gedenkrede, die Außenminister von Brentano bei der Tausendjahrfeier für die Schlacht auf dem Lechfeld in Augsburg hielt — «vor allem im Namen des Bundeskanzlers», wie er gleich von vornherein feststellte. Die Lage, so behauptete Herr von Brentano, sei heute «erschreckend ähnlich» wie Anno 955, als die ungarischen Heiden und Barbaren bei Augsburg von den christlichen Heerscharen der Deutschen aufs Haupt geschlagen wurden:

«Damals standen vor den Toren des Abendlandes, vor den Toren dieser Stadt, in der wir weilen, die heidnischen Nomadenscharen des Ostens; Verderben und Untergang drohten. Jetzt stehen wiederum, nicht sehr viel weiter von dieser Stadt entfernt, die Massen des Ostens, und wiederum sehen wir der Gefahr ins Auge, daß das Abendland von ihnen überrannt wird und ihnen zur Beute fallen kann. In gewisser Beziehung ist die Gefahr noch gewaltiger als damals. Denn nicht vereinzelte

Nomadenhorden sind es jetzt, mit denen wir es zu tun haben, sondern ein Block von der Größe eines Erdteils, wohlorganisiert und gegliedert. Und nicht wie damals steht uns das bloße Heidentum wilder Völkerschaften gegenüber. Sondern das neue Heidentum, mit dem wir jetzt zu rechnen haben, ist ein Heidentum des weltlichen Fanatismus, ein Heidentum, in dem — wie immer, wenn der religiöse Glaube aus den menschlichen Herzen weicht — eine weltliche Ersatzreligion mächtig geworden ist, ein Messianismus des Diesseits, der durch die Weltrevolution ein irdisches Paradies herbeiführen will, da er an ein jenseitiges nicht glaubt.»

Wahrlich, Adenauer und sein Außenminister konnten es nicht besser ausdrücken, in welcher Gesinnung sie die Gespräche in Moskau mit den neuen Heiden und Barbaren des Ostens zu führen gedächten. Damit aber jeder Zweifel endgültig verscheucht würde, veranstalteten die Verbände der Ostflüchtlinge ausgerechnet für die Tage des Moskauer Kanzlerbesuches, am 10. und 11. September, in Westberlin einen «Tag der Deutschen», an dem unter Beteiligung des Bundespräsidenten und von Vertretern der westdeutschen Landtage heftige Reden für das Recht auf Zurückgewinnung der «verlorenen Heimat» stiegen und ein «Mahnmal» mit einer «ewigen Flamme» aufgerichtet wurde, die solange brennen soll, «bis die deutsche Einheit und das Recht auf Heimat ihre Erfüllung gefunden haben». Von welchem Geist die Kundgebung getragen war, mag aus der Propaganda hervorgehen, die für ihre Vorbereitung getrieben wurde. Wir zitieren nach dem «Anderen Deutschland» (Nr. 19):

«Man behauptet . . . , daß nach 1945 18,3 Millionen Deutsche ermordet oder vertrieben worden sein sollen. . . . Man erwähnt ausdrücklich Böhmen und Mähren, die Slowakei und die Karpatho-Ukraine, die Ungarndeutschen, die in Jugoslawien, Rumänien, Polen und Rußland ansässig gewesenen, die alle wieder heim müßten. Es wird ausdrücklich betont, daß die Vorfahren dieser Deutschen seit dem Jahre 1000 ‚im Zuge der Ostkolonisation' in angeblich ‚damals unerschlossene Gebiete' gekommen seien. Dieser Kolonialismus sei eine Kulturtat, die auch heute noch Anrechte gebe. Die deutsch-polnische Grenze zum Beispiel für Schlesien ‚fand 1335 im Vertrag von Trentschin ihre endgültige Festlegung'. Die Grenzen Ostpreußens müßten wiederhergestellt werden. . . . Aber es kommt noch toller: man fordert . . . eine Eingliederung von Böhmen und Mähren. . . . Völlig verlogen wird von ‚Vertreibungen' der Deutschen nach 1946 als angeblich einseitige, vorausgeplante ‚operative Maßnahme der nach Westen vordringenden Bolschewisten' gesprochen. . . . Es wird völlig verschwiegen, daß die Umsiedlung von Deutschen im vollen Einvernehmen mit den westlichen Siegermächten erfolgt ist. . . . Da sich dies alles nicht als Ausdruck einer privaten Veranstaltung gibt, sondern behördlich inszeniert wird, ist der Zweck im Zusammenhang mit der Moskaureise des Bundeskanzlers offenkundig. Was Genf gefördert hat, soll Westberlin zerstören.»

Wundert man sich noch über die Art und Weise, wie Adenauer und Brentano dann in Moskau selbst auftrumpften? Die Sowjetregierung streckte ihnen die Verständigungshand entgegen — trotz allem, was Deutschland den Völkern der Sowjetunion angetan hat. Heinz Kraschutzki erinnert an diese Taten in der «Friedensrundschau» (Nr. 9) gerade zur rechten Zeit:

«Im August 1939 schloß die Regierung Adolf Hitlers mit der Stalins einen Nichtangriffspakt auf zehn Jahre. Weniger als zwei Jahre später griff Deutschland die Sowjetunion an, eroberte sie im ersten Ansturm bis nach Stalingrad und in den Kaukasus hinein, führte Millionen von Russen und namentlich Russinnen zur Zwangsarbeit nach Deutschland, plünderte alle Museen und Kunsthandlungen aus und drohte, Rußland bis zum Ural völlig zu unterwerfen. Auf dem Rückzug zerstörte die deutsche Wehrmacht alle wichtigen industriellen Anlagen in der Ukraine, brannte die Holzhäuser zahlreicher Dörfer nieder, erschoß die Zivilbevölkerung ganzer Dörfer, wenn sich Partisanen gezeigt hatten, und inzwischen wurden russische Kriegsgefangene in großer, nicht genau feststehender Zahl im Konzentrationslager Auschwitz vergast. Insgesamt hat die Sowjetunion als Folge des deutschen Angriffs rund vierzehn Millionen Tote zu beklagen.»

Statt nun aber in die ausgestreckte Hand einzuschlagen, die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion ohne weiteres aufzunehmen und auf dieser Grundlage die Lösung der beide Staaten berührenden Fragen zu versuchen, stellten die Deutschen drei «unerläßliche» *Vorbedingungen*: Freigabe der als Kriegsverbrecher verurteilten Angehörigen von Hitlers Wehrmacht; Neufestsetzung der deutschen Grenzen durch einen Friedensvertrag (also Anmeldung der bekannten Gebietsforderungen); sowjetische Anerkennung des Boykotts der Deutschen Demokratischen Republik durch die Bonner Bundesrepublik. Die Sowjetführer lehnten die zweite und dritte Bedingung glatt ab, während sie zuletzt doch noch die Freilassung der Kriegsverbrecher anboten, unter Einschaltung der ostdeutschen Regierung allerdings in die Durchführung der Heimbeförderung. Wenn Adenauer also nicht mit ganz leeren Händen zurückkommen wollte, so mußte er wenigstens die Freigabe der Gefangenen zu erreichen suchen, die in Westdeutschland seit Jahren so stürmisch verlangt wurde, und das heißt, daß er den Preis dafür zu bezahlen gezwungen war, den die Russen forderten: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Schweren Herzens zahlte er ihn, und man kann sein Zögern verstehen, muß er doch nicht allein das Bestehen einer Doppelvertretung Deutschlands in Moskau in Kauf nehmen und damit den arroganten Anspruch der Regierung der Bundesrepublik auf Alleinvertretung des deutschen Volkes opfern, sondern auch das *Scheitern seiner ganzen Einigungs- und Ostpolitik* zugestehen.

Als die drei westmächtlichen Staatsoberhäupter in Genf die tatsächliche Undurchführbarkeit der berühmten «Politik der Stärke» gegenüber einer Sowjetunion anerkannten, die militärisch zu stark ist, um sich irgendwie erpressen zu lassen, da weigerte sich ja Adenauer — wir haben es in unserer letzten Weltrundschau festgestellt —, die Folgerung daraus auch für die Bundesrepublik zu ziehen. Jetzt beginnt er sie zu ziehen. Er beteuerte in Moskau ein ums andere Mal, daß in Westdeutschland kein Mensch an eine Politik der Stärke denke, obwohl die ganze Staatsweisheit Bonns bisher darin bestand, im engen Bund mit den Westmächten eine so starke Militärmacht aufzustellen,

daß die Sowjetunion sich gezwungen sehe, nicht nur Ostdeutschland zu räumen, sondern auch in die Rückgabe der Provinzen jenseits von Oder und Neisse zu willigen und Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn usw. der «freien Welt» zu überlassen. Dieser Traum ist nun ausgeträumt — wenigstens für Adenauer selbst. Ob das seit Jahren mit Ostillusionen gefütterte Volk Westdeutschlands nun ebenfalls zur Erkenntnis der nüchternen Wirklichkeit erwacht, bleibt abzuwarten; der Bundeskanzler hat immerhin den ersten Schritt getan, um Westdeutschland auf einen neuen Weg zu führen. Der zweite, wichtigere Schritt bleibt aber erst noch zu tun: die deutsche Einigung durch Verzicht auf die Bindung an den Westblock, durch Eingliederung Deutschlands in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem und auf der Grundlage von Verhandlungen zwischen West- und Ostdeutschland. Solange sich Bonn weigert, diese Konsequenz aus der neuen Lage zu ziehen, bleibt eben die Zweiteilung Deutschlands bestehen; die Sowjetunion hat gar keinen Grund, die DDR zu opfern, wird sie vielmehr solange in der Hand behalten, bis auch in Westdeutschland den Regierenden endlich klar wird, was ihnen in Amerika, England und Frankreich immer deutlicher zum Bewußtsein kommt: daß mit Druck und Drohung die Russen nicht aus Ostdeutschland vertrieben werden können — auch nicht unter der scheinheiligen Losung: «Zuerst freie Wahlen!» —, sondern allein durch Schaffung der Gewähr, daß die Einigung Deutschlands keine Erweiterung der Machtsphäre des Westens bis zur Oder und keine unannehmbare Zurückdrängung und Entmachtung der Sowjetunion bringt. In Washington, London und Paris ist man je länger, je weniger geneigt, sich ein Arrangement mit der Sowjetunion, wie es jetzt möglich ist, durch westdeutschen Starrsinn verderben zu lassen. Wäre es da nicht wirkliche Weisheit, wenn man sich in Bonn entschlösse, in einem aufrichtig neuen Geist das Problem der Existenz Deutschlands zwischen den beiden Machtlagern im Westen und Osten anzupacken und seiner Lösung entgegenzuführen?

Neuer Geist! Ja, ein neuer Geist muß sich im Völkerleben durchsetzen, damit es aus den Konflikten heraus, die der alte Geist der Machtkonkurrenz und Gewalttätigkeit erzeugt hat, nicht doch noch nach innerer Gesetzmäßigkeit zu jenem selbstmörderischen Zusammenprall der beiden Militärkolosse kommt, den alle fürchten. Es stehen ja genug Pulverfässer herum, aus denen eine allverheerende Explosion hervorbrechen kann, auch wenn zunächst nur begrenzte Gebietsräume bedroht scheinen. Da ist zunächst — die Zeitungen sind gerade jetzt wieder davon voll — die mächtige Gärung in der *arabischen*, namentlich der *nordafrikanischen* Welt. Marokko, Algerien und Tunis sind in offenem Aufruhr gegen die französische Herrschaft begriffen. Alle gewaltsame Unterdrückung der Unabhängigkeitsbe-

wegung wird ihre Lebenskraft nicht zu ersticken vermögen, sie im Gegenteil erst recht anfachen *. Und die in letzter Stunde ergriffenen Reformmaßnahmen mit all den diplomatischen Schach- und Winkelzügen, die sie begleiten, dürften in Nordafrika ebenso zu spät kommen, wie es in Indochina der Fall war. Die Gefahr ist groß, daß die arabisch-mohammedanische Solidaritätsaktion, die sich in Nordafrika entwickelt, immer heftigere Formen annimmt, auf Vorderasien übergreift und Verwicklungen erzeugt, die auch die Vereinigten Staaten und Großbritannien in schwere Ungelegenheiten bringen können. Bereits sehen sich die Amerikaner, die in Marokko fünf große Militärstützpunkte angelegt haben, veranlaßt, den Bau ihrer sieben Stützpunkte in Spanien zu beschleunigen, für den Fall, daß sie ihre nordafrikanischen Basen — auch in Libyen haben sie eine — räumen müßten.

Unbehaglich ist es für die Westmächte auch auf dem *Balkan* und im *Nahen Osten*. Im Kampf um Zypern, das die Engländer zum zentralen Militärstützpunkt im Orient an Stelle von Suez gemacht haben, hat sich ein alarmierender Gegensatz zwischen Griechenland und der Türkei entwickelt, der den Balkanbund (zwischen diesen zwei Staaten und Jugoslawien) um so stärker erschüttert, als die Vereinigten Staaten je länger, je mehr Tito als unzuverlässigen Bundesgenossen betrachten, der wohl amerikanische Hilfe gern annimmt, aber sich durchaus nicht in seine Karten blicken läßt. Die *Türkei* anderseits ist — in ihrer hergebrachten Feindseligkeit gegen alles Russische — militärisch für den Westen wohl zuverlässig, aber mit ihrer zerrütteten Wirtschaft und ihrer wachsenden Inflation finanziell so übel dran, daß sie trotz USA-Unterstützung ihre schweren Militärlasten über kurz oder lang wird abbauen müssen. *Persien* und *Pakistan* haben sich bereits eine Verminderung der amerikanischen Hilfe gefallen lassen müssen und bleiben nach wie vor zweifelhafte Glieder des Kettenringes, den die Westmächte um die Sowjetunion herum gelegt haben. *Israel* vollends muß seine Stützung durch Amerika mit neuerdings leidenschaftlich aufgeflammtem allarabischem Haß bezahlen, dessen offenen kriegerischen Ausbruch die Westmächte bisher nur mit Mühe zu verhindern imstande waren. Auch der Machtkampf zwischen West- und Ostblock spielt natürlich in all diese Konflikte andauernd stark herein, obwohl die Sowjetunion nur auf die Neutralisierung und nicht auf die Eroberung Vorder- und Mittelasiens ausgeht. «Die russische Strategie», so

* Die Scheußlichkeiten, die die Franzosen und ihre gemieteten Legionäre in Marokko und Tunis verübt haben, schreien zum Himmel. Die Deutschen haben in Polen, Rußland, Frankreich usw. kaum ärger gehaust. Und das französische Volk kümmert sich offenbar herzlich wenig um die Greuel, die in seinem Namen geschehen! Im übrigen unterdrücken auch die Engländer mindestens in Kenya die Freiheitsbewegung der Afrikaner mit unglaublicher Roheit. Der Fall des Negers Kamau, der nach unmenschlichen Quälereien in den Händen der britischen Polizei starb, hat freilich in der englischen Öffentlichkeit Empörung hervorgerufen.

anerkennt auch «US News and World Report» (2. September 1955), «hat nicht zum Ziel, Verbündete für das kommunistische Lager zu gewinnen. Die Hauptoffensive in diesem Weltteil ist vielmehr darauf gerichtet, andere Staaten vom Anschluß an den Westen abzuhalten. Das ist in den Augen Moskaus gerade so gut, wenn es Erfolg hat, da es klaffende Lücken an Schlüsselpunkten der 4000 Meilen langen Verteidigungslinie des Westens (längst des Mittelmeeres und im Orient) offen lassen könnte.»

Am gefährlichsten bleiben indessen die Konfliktsherde im *Fernen Osten*, wo Syngman Rhee in Südkorea, Tschiang Kai-schek auf Formosa und Ngo Diem in Südvietnam — lauter Schützlinge und Werkzeuge der Vereinigten Staaten — nur von der Hoffnung leben, der kalte Kriege werde endlich doch noch in den heißen umschlagen. Wenn es nicht soweit kommen soll, müssen die direkt und indirekt beteiligten Mächte hier wie in Mittel- und Vorderasien, in Nordafrika und in Europa ihre Streitfragen entschlossen in dem neuen Geist der *unbedingten* Friedfertigkeit zu lösen beginnen, den der selbstmörderische Charakter eines dritten Weltkrieges gebieterisch fordert. Und wir haben, auch wenn wir nur mit den sichtbaren Dingen rechnen wollen, Grund, auf den immer bewußteren Durchbruch dieses Geistes zu hoffen. Die Erkenntnis, daß ein neuer Krieg zwischen den Großmächten wohl von Anfang an mit den wirksamsten Massenzerstörungswaffen geführt würde, breitet sich in den Völkern unaufhaltsam aus und zwingt die Regierungen immer stärker auf den neuen Weg. In den Vereinigten Staaten ist nach allen Zeugnissen, die wir erhalten, ein in diese Richtung weisender geistiger Umschwung bereits im Gang; Eisenhower gilt im Volk als der Mann, der Amerika den Frieden sichern will, und scheint jetzt auch die republikanische Parteimaschine mehr und mehr in die Hände zu bekommen, die ihm seinerzeit den Scharfmacher Dulles als Außenminister aufgezwungen hat. Anderseits bricht sich in der westlichen Welt in zunehmendem Maße die Einsicht Bahn, daß die Sowjetunion keinerlei Interesse an einer gewalttätigen Außenpolitik hat, ein sehr starkes aber an einer langen, langen Friedenszeit, ja, an dem früher so viel verhöhnten «ewigen Frieden», der dank der neuen Kriegstechnik jetzt zur Lebensnotwendigkeit für alle Völker geworden ist. Mögen die Fanatiker, Zyniker und Zweifler sich weiter in ihrem Antikommunismus verkrampfen, mag eine «Neue Zürcher Zeitung» durch den Mund Salvador de Madariagas es als Unglück beklagen, daß der amerikanische Präsident «den Führern ausgerechnet der gefährlichsten Verschwörung, welche die Welt je gekannt hat, Glaubenswürdigkeit zubilligt», und davon «fatale Folgen» für die «aufgeweichte freie Welt» erwarten: die Wahrheit über die Kriegs- und Friedenskräfte, die in der Welt wirken, und die Wahrheit namentlich, daß Krieg und Kriegsrüstung endgültig verurteilt sind, sie ist auf dem Marsch, und nichts wird sie mehr aufhalten!

Schwierige Lage der DDR Bei den Moskauer Verhandlungen weigerte sich Bundeskanzler Adenauer schon von Anfang an, mit der Regierung der *Deutschen Demokratischen Republik* — er sagte natürlich: «der Sowjetzone» — irgendwelche Beziehungen aufzunehmen, weil diese nicht den Willen des ostdeutschen Volkes ausdrücke. Chruschtschew, der Leiter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, widersprach ihm mit dem Hinweis darauf, daß er bei seinem Aufenthalt in der DDR habe feststellen können, wie entschieden das Volk hinter seiner Regierung stehe. Begreiflich, daß Adenauer dadurch nicht überzeugt wurde. Denn wer immer, wie es der Schreibende jetzt während zweier Wochen tun konnte, Gelegenheit hat, die Stimmung an den verschiedensten Bevölkerungsschichten der DDR zu erkunden, der kann, sofern er nicht Wünsche für Tatsachen nimmt, unmöglich bestreiten, daß der Großteil des ostdeutschen Volkes in mehr oder weniger scharfem *Gegensatz* zum bestehenden Regime steht.

Die Unzufriedenheit nährt sich zunächst von *wirtschaftlichen* Gründen. Wenn man vom Westen Deutschlands herkommt mit seinen glänzenden, fieberhaft betriebsamen Städten und schmucken Dörfern, wo alles Wohlstand atmet und von einem mächtigen materiellen Aufschwung zeugt, dann erscheint einem Ostdeutschland einfach dürftig und zurückgeblieben. Alles ist grauer, unansehnlicher. Man sieht noch mehr Kriegstrümmer als drüben; die Häuser machen — besonders in den Außenquartieren — vielfach einen verwitterten, vernachlässigten Eindruck; die Straßenbeleuchtung läßt weithin zu wünschen übrig; die Menschen sind im großen ganzen einfacher gekleidet. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist besser als vor zwei Jahren, aber noch keineswegs genügend; es fehlt für die weniger Zahlungskräftigen besonders an Milch, Butter, Fleisch, Gemüse, Obst und Kartoffeln. Aber auch Kleider, Wäsche und Schuhe wie auch zahlreiche Haushaltungsartikel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfes sind entweder nur in ungenügender Qualität oder dann überhaupt nicht zu haben. Oft fehlt es freilich nur am Transport- und Verteilungssystem; aber es bleibt immer zu bedenken, daß der ganze Wirtschaftsaufbau der DDR mit seinem Mangel an wesentlichen Rohstoffen einer ausgeglichenen Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushaltungen höchst abträglich ist. Ihr Anschluß an einen größeren Wirtschaftsraum ist auf die Länge eine Lebensnotwendigkeit.

Und doch wären die materiellen Schwierigkeiten viel eher zu ertragen, wenn die Bevölkerung in ihrer Mehrheit nicht das ständige Gefühl einer aufreizenden Schmälerung ihrer persönlichen und politischen *Freiheitsrechte* hätte. Ernsthafte Kritik am Regime oder gar Opposition gegen seine Maßnahmen ist unmöglich. Unzählige Akte der Willkür von Behörden und Beamten ereignen sich alle Tage. Die Zensur verhindert jede umfassende Informierung über die Lage inner-

und außerhalb der Republik. Die Gleichschaltung der Geister mit der kommunistischen Parteidoktrin wird ganz planmäßig betrieben. Die Jugend wird systematisch dem christlichen Glauben entfremdet; die Kinder kommen jetzt aus der Schule heim und fragen: «Vater, wie ist das nun? Der Lehrer hat gesagt: Es gibt keinen Gott; Jesus hat nicht gelebt; das ist alles nicht wissenschaftlich und längst überholt.» Vielfach werden die Kinder gegen die Eltern aufgewiegelt; aber auch sonst herrscht ein Überwachungs- und Beobachtungssystem, das Unsicherheit, Furcht und Heuchelei erzeugt. Aus nichtigen Ursachen wird man zum «Staatsfeind» erklärt; ich weiß von einem Betrieb, in dem sich kürzlich der dritte Fall von Nervenzusammenbruch leitender Persönlichkeiten ereignet hat, die aus Rohstoffmangel und ähnlichen sachlichen Gründen das Produktionssoll ihrer Abteilung nicht erfüllen konnten und Anklage wegen «Sabotage» zu gewärtigen hatten.

Gar nicht selten verschwinden auch einfach Menschen, ohne daß man weiß, wohin oder warum; ich könnte zwei solcher Fälle nennen, wobei es im einen Fall nur dem Eingreifen eines mutigen, in der DDR hochangesehenen Mannes zu verdanken ist, daß einigermaßen Licht in die Sache kam. Der andere bleibt dunkel. Und so geht es weiter. Ist es da zu verwundern, daß sich Erbitterung und Oppositionsstimmung ausbreiten, die dann ihrerseits wieder Vergeltungsmaßnahmen (auch gegenüber Angehörigen der «Schuldigen»!) von oben herbeiführen? Weiterblickende Menschen bewahren trotz allem dem neuen Staat Loyalität und Verständnis; in dem engeren Kreis, in dem ich mich bewegte, war das ausgesprochen der Fall. Aber der Durchschnitt derer, die Tag für Tag ihre schlimmen Erfahrungen mit dem Regime machen, reagiert eben anders. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und persönliche Bedrückung genügen für die meisten, um sich entweder in eine unfruchtbare Isolierung zurückzuziehen oder nach dem Westen zu flüchten, wo Mangel an tüchtigen Arbeitskräften herrscht und die persönliche Bewegungsfreiheit erheblich größer ist als im Osten. Im Monat August sind allein über Berlin täglich 500 Menschen nach dem Westen geflohen.

Ursachen und Wirkungen Auch die meisten Kritiker der DDR im Ausland begnügen sich mit diesen und ähnlichen Feststellungen und sind dementsprechend völlig negativ zu ihr eingestellt. Aber es muß erneut betont werden, wie einseitig und ungerecht — um das Mindeste zu sagen — eine derartige Haltung ist. Vergessen wir doch niemals, daß an den unerfreulichen Zuständen in der DDR *der «freie» Westen größtenteils selber schuld ist.* Die Deutsche Demokratische Republik verdankt ihre Entstehung ja den Abmachungen von Jalta und Potsdam, in denen sich die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion verpflichteten, «den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu

zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören». Sie erklärten sich «entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen», und zwar für immer, «alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten», das ganze politische Leben Deutschlands auf demokratischer Grundlage umzugestalten und nicht zuletzt in kürzester Frist «das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen».

In Ostdeutschland ist dieses Programm grundsätzlich anerkannt und weithin durchgeführt worden; namentlich ist der Großgrundbesitz — dessen tragende Schicht soviel Unheil über Deutschland und die Welt gebracht hat — aufgeteilt, die Industrie sozialisiert und das Erziehungs-, Verwaltungs- und Gerichtswesen reformiert worden. In dem von den Westmächten besetzten und beherrschten Teile Deutschlands ist nach kurzem Anlauf alles Reformieren im Sinne von Jalta und Potsdam stecken geblieben und großenteils sogar in sein Gegenteil verkehrt worden; das Ziel ist dort nicht mehr die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zur endgültigen Ausschaltung der deutschen Gefahr, sondern die Zusammenarbeit mit dem reuelosen, unbelehrten Westdeutschland, in dem mehr und mehr der alte Geist und seine Vertreter wieder obenauf gekommen sind, und die Wiederherstellung der kapitalistischen Machtgebilde zum Zweck des Kampfes gegen den «bolschewistischen Osten», den man eigentlich schon Arm in Arm mit Hitler und Göbbels hätte bis zum siegreichen Ende führen sollen, und der nur durch die «unbegreifliche Dummheit» der Beherrscher des Dritten Reiches für ein paar Jahre unterbrochen wurde.

Die Feindseligkeit des Westens gegen die DDR entspringt also durchaus nicht in erster Linie der Liebe zu einer politischen Freiheit und Demokratie, die man ohne weiteres auf die Seite schiebt und mit deren geschworenen Feinden man sich bedenkenlos verbündet, wenn es gilt, den «gemeinsamen Feind» zu bekämpfen; sie ist vor allem ein Ausdruck des Willens, die alten, bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen zu erhalten und die doch unausweichliche revolutionäre Neugestaltung auch Westeuropas zu verhindern. Und in dieser Lage ist es doch selbstverständlich, daß sich auch die DDR für ihr Leben wehrt; der Westen, eingeschlossen die Bonner Republik, kann sich auf keinen Fall beklagen oder auch nur wundern, wenn die DDR auf die ebenso planmäßige wie weitverzweigte und mit allen, auch den verwerflichsten Mitteln arbeitende Unterwühlung ihres Bestandes vom Westen her im gleichen Geist, also mit Gewalt, Zwang und Unterdrückung, antwortet. Was sich in und gegenüber der Sowjetunion seit 1917 er-

eignet hat — Gewaltrevolution als Folge des gänzlichen Versagens des «freiheitlichen» und «humanen» Westens im Kampf gegen Zarismus und Feudalismus, dann Gegenrevolution von außen und innen und wiederum Verschärfung von Diktatur und Zwangsregime zur Abwehr dieser Lebensgefahr – das wiederholt sich jetzt in der DDR. Bei Kriegsende war Deutschland sachlich reif für einen großen Schritt zu einer sozialistischen Neuordnung, die einfach notwendig war. Aber nur in seinem östlichen Teil verstand man diese Notwendigkeit, und auch nur in den führenden Kreisen; die Mehrheit des Volkes war auch hier innerlich noch nicht für ein radikal Neues reif, so daß nach menschlichen Begriffen gar nichts anderes übrig blieb, als die fällige Neuordnung mit einem gewissen Maß von Zwang und Befehl von oben her durchzusetzen. Was wäre beispielsweise aus der Abschaffung des Großgrundbesitzes — die eine weltgeschichtliche Leistung des neuen Regimes ist — geworden, wenn sie in den Formen parlamentarischer Demokratie nach westlichem Muster oder gar auf Grund einer vorherigen Volksabstimmung versucht worden wäre? Was aus der Sozialisierung der Industrie und der Banken, die in Westdeutschland — trotz Volks- und Parlamentsabstimmungen in einigen zunächst beteiligten Ländern — auf ganz «gesetzliche», «streng demokratische» Weise sabotiert und bis zum heutigen Tag verhindert wurde? Von *dieser* Art Demokratie will man in der DDR nichts wissen, und es ist eitel Heuchelei, wenn sich der Westen darüber entrüstet, daß in Ostdeutschland Diktaturmethoden zur Sicherung einer Revolution angewendet werden, die wieder rückgängig zu machen die «freien Nationen» sich mit dem Aufgebot aller Mittel anstrengen. Die DDR lebt so einfach im Kriegszustand, im Zustand des kalten Krieges, den ihr der Westen erklärt hat; sie *muß* sich verteidigen, und der Westen hat kein Recht, sich über die Mittel zu beschweren, deren sie sich dabei bedient.

Was ist zu tun? Wenn das gesagt ist und die Zusammenhänge zwischen Diktatur in der DDR und Gegenrevolution im Westen klargestellt sind, muß aber ebenso deutlich gesagt werden, daß die Abwehrsituation in Ostdeutschland durchaus nicht alles rechtfertigt oder auch nur entschuldigt, was mit Berufung darauf an freiheits- und rechtswidriger Praxis dort gang und gäbe ist. Sehr vieles davon geht über die verständliche Abwehr des kalten Krieges, wie ihn der Westen gegen die DDR führt, weit hinaus. Die *Zensur* z. B. sperrt das Volk nicht nur von einer Überflutung mit feindseliger Westpropaganda ab, sondern auch von jeder Möglichkeit, sich ein zutreffendes Bild von den Ereignissen draußen und drinnen zu machen. Mit dem Falschen unterdrückt sie weithin auch das Wahre und enthüllt damit ihren grundsätzlich verderblichen Charakter, den lächerlichen Anspruch der Staatsführung auf Allwissenheit, Unfehl-

barkeit und eine autoritäre Vorsehungsrolle. Oft klammert sie sich in einer Veröffentlichung, die eindeutig eine bestimmte berechtigte Forderung des Ostlagers unterstützt oder unberechtigte Anklagen des Westlagers zurückweist, an irgend einen von seinem Zusammenhang losgerissenen Satz oder sogar nur Satzteil, um die ganze Publikation zu verdammen. So wurde in den letzten Monaten zweimal ein Heft der «Neuen Wege», das ich in die DDR schickte, beschlagnahmt und dem Adressaten (was noch anzuerkennen ist) eine entsprechende Mitteilung gemacht. Ich erkundigte mich darüber bei der zuständigen Zensurstelle und bekam den Bescheid, die beiden Hefte seien wegen «Hetze gegen die Sowjetunion und den Kommunismus» beziehungsweise wegen «Hetze gegen das Weltfriedenslager» beschlagnahmt worden und eine Freigabe könne nicht mehr erfolgen. Worin bestand nun aber die «Hetze» in Wirklichkeit? Das einemal fand sie der Zensor in meiner Besprechung des Rußland-Buches von Helmut Gollwitzer «... und führen, wohin du nicht willst», und zwar in den Sätzen, wo ich feststellte, daß der Verfasser «die ganze verderbliche Wirkung der Diktatur- und Terrorpraxis (der Sowjetunion) und der dahinterstehenden Auffassung vom Menschen» aufgedeckt habe (April 1955, Seite 188). Das waren durchaus sachliche und ruhige, wenn auch klar kritische Bemerkungen, die aber im Rahmen eines Aufsatzes gemacht wurden, dessen wesentliches Bemühen war, die im Westen übliche Pauschalverurteilung des Kommunismus und der Sowjetpolitik als ungerecht und verkehrt aufzuzeigen, ein Bemühen also, das auch in der DDR hätte nur lebhaft begrüßt werden sollen. Von Hetze auf alle Fälle keine Spur!

Der Grund für die Beschlagnahme des anderen Heftes ist noch fadenscheiniger und dümmer. Er wurde in dem großen Aufsatz über die atomische Bedrohung entdeckt, den Carmen Weingartner und Albert Böhler im Juni/Juli-Heft dieses Jahres veröffentlicht haben. Dort wurde (auf Seite 285) die landläufige Behauptung zurückgewiesen, daß ein Vorsprung in der Herstellung von Vernichtungswaffen in den Händen des Kremls eine tödliche Drohung, in den Händen Amerikas aber nur ein notwendiges Abschreckungsmittel sei. Es werde dabei, so wurde gesagt, übersehen, daß der Zwang zum Krieg von Faktoren abhänge, die noch nie, auch durch das fürchterlichste Abschreckungsmittel nicht, aufgehoben worden seien. «Nicht nur ein ‚irrsinniger Diktator' (gemeint war Hitler), nicht nur ‚totalistische' Volksdemokratien mit kommunistischen Weltrevolutionszielen können solchen Faktoren unterliegen, sondern auch Staaten mit demokratischen Regierungen.» Das festzustellen, geht in der DDR nicht an. Das ist «Hetze gegen das Weltfriedenslager», die unterbunden werden muß, mag im übrigen in dem Aufsatz (wie in dem ganzen Heft) stehen, was will, und mag es auch noch so sehr einer Forderung dienen, die wie das Begehren auf Ächtung der Massenvernichtungswaffen

und des Krieges überhaupt jetzt geradezu im Mittelpunkt der Weltpolitik der Oststaaten steht. Man kann den Stumpfsinn wirklich nicht weiter treiben! Wobei natürlich diese ganze Zensurarbeit, soweit sie Veröffentlichungen wie die «Neuen Wege» betrifft, auch gänzlich wirkungslos bleibt, hören doch die Bewohner der DDR von Westdeutschen oder Ausländern, die nach Ostdeutschland kommen (z. B. zur Leipziger Messe), oder gar wenn sie selbst nach dem Westen reisen, was ja tausendfach geschieht, Kritiken am Kommunismus, die unendlich schärfer sind als die «anstößigen» Bemerkungen in den «Neuen Wegen» und oft genug als *wirkliche* Hetze bezeichnet werden müssen*.

Man kann sich aber leicht vorstellen, was in der DDR selbst an Rede- und Pressefreiheit noch übrig bleibt, wenn sogar solche Äußerungen schon als staatsfeindlich erklärt und kurzerhand unterdrückt werden! Die *Freiheit des Wortes* ist tatsächlich in der DDR in allen auch nur einigermaßen wesentlichen Belangen *aufgehoben*, und diese Aufhebung kann, wie die angeführten typischen Fälle zeigen, nicht mehr mit der Notwendigkeit begründet werden, die Republik gegen ihre Feinde im Innern und im Ausland zu verteidigen. Hier werden nicht Feinde abgewehrt, sondern Freunde schikaniert. Hier wird Kritik zum Schweigen gebracht, die nicht herunterreißend ist, sondern aufbauend, nicht schädlich, sondern im höchsten Grade nützlich und notwendig. Und so ist es mit dem ganzen «Staatsschutz» in der DDR, mit jenem Überwachungs- und Unterdrückungssystem, das angeblich den neuen Staat sichern und stärken soll, ihn aber in Wahrheit nur schwächt und seine willigsten Aufbaukräfte abstößt.

Ich denke etwa an jenen jungen Arbeiter, der neben mir in einer kleinen Versammlung von Friedensfreunden saß, aber, wie er mir nachher sagte, seine Einwände gegen die — wie er glaubte — einseitige Darstellung des Redners nicht zu äußern wagte, weil er im Betrieb und außerhalb davon seine Erfahrungen mit der «Redefreiheit» gemacht habe. Ich denke an jenen Kreis von Menschen, denen ich als Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands empfahl, sich für die Unabhängigkeit eines künftigen Gesamtdeutschlands von östlicher wie westlicher Machtpolitik einzusetzen, die aber nur laut auflachten mit dem Hinweis darauf, daß man dafür als «Feind der Sowjetunion» bis zwölf Jahre Zuchthaus bekommen könne. Ich denke an jene christlichen Väter und Mütter, die ihre Kinder der Propagierung eines nicht nur theoretischen, sondern auch praktischen Materialismus ausliefern müssen, unfähig, sich frei und offen dagegen zu wehren. Und so gibt es jeden Tag tausend Fälle, da Menschen, die durchaus guten Willens wären, an einem demokratischen und sozialistischen Neuauf-

* Es entbehrt nicht der Pikanterie, daß das gleiche Juli/August-Heft der «Neuen Wege», das in der DDR beschlagnahmt wurde, in der Sowjetunion unbeanstandet den Adressaten erreichte, dem ich es ebenfalls geschickt hatte . . .

bau mitzuarbeiten, zurückgestoßen und in die Vereinzelung gedrängt werden (um nicht mehr zu sagen), weil sie sich einem allgegenwärtigen Macht- und Zwangsapparat gegenübersehen, gegen dessen Wirken und Walten sie einfach nicht aufzukommen vermögen. Würde die Staatsführung der DDR, statt stur die kommunistische Parteiideologie dem Volk aufzwingen zu wollen, der Vertretung jedes ehrlich-revolutionären Sozialismus — ob nun religiös oder weltlich begründet — freie Bahn lassen; würde sie das Volk für die Durchsetzung einer vernünftig dargebotenen sozialistischen Aufbaupolitik zu sammeln beginnen, statt es mit oft unverständlichen und fremd anmutenden Propagandalosungen abzuspeisen; würde sie eine Wiedervereinigungs- und Friedenspolitik betreiben, die auch bei verständigungsbereiten Westdeutschen Vertrauen erwecken würde — sie brächte mit Leichtigkeit die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung hinter sich und könnte darüber hinaus ungeahnte moralische Eroberungen machen. Sie könnte dann gut und gern auf den Großteil ihrer Diktatur- und Zwangseinrichtungen verzichten. Sie brauchte nicht überall Sabotage und Spionage zu wittern oder doch zu behaupten, auch wo sie gar nicht geübt wird. Und sie könnte auch jene üblen Methoden zur Anwerbung von Rekruten für die Kasernierte Volkspolizei (KVP) entbehren, die jetzt — ich weiß etwas davon zu erzählen — praktiziert werden, mit dem Erfolg, daß die gepreßten jungen Leute die erste Gelegenheit benützen, um nach dem Westen abzuwandern.

Das ist's, was man jetzt, in der Auseinandersetzung über die deutsche Frage, der Ostseite zumuten muß. Von der *Westseite* aber ist zu verlangen, daß sie auf ihren primitiven, selbstgerechten Antikommunismus verzichte, dem Kommunismus einen nicht nur freiheitlichen, sondern auch radikalen Sozialismus entgegensetze, die unloyale Bekämpfung und Unterminierung der DDR einstelle und mit den so gern sentimental angesprochenen «Brüdern im Osten» zusammen den Weg zur Wiedervereinigung suche. So wie die Dinge jetzt liegen, ist die DDR zwar alles andere als ein Idealstaat, aber ihre Sonderexistenz ist eben doch ein Pfand des Friedens in der Hand der Sowjetunion, wird es doch schwerlich einen Krieg geben, solange Westdeutsche auf Ostdeutsche schießen müßten und umgekehrt. Soll diese Sonderexistenz aufhören, so weiß der Westen genau, was er tun muß: die deutsche Einigung so vollziehen, daß sie nicht auf Kosten der Oststaaten geht — in Form einer für sie lebensgefährlichen Machterweiterung des Westblocks — und auch nicht auf Kosten der sozialen und politischen Errungenschaften Ostdeutschlands, vielmehr durch deren Herübernahme in ein wirklich demokratisiertes, dem Sozialismus zustrebendes, aller Machtpolitik abholdes Gesamtdeutschland.

Zur Lage des Sozialismus Daß das kapitalistische *Bürgertum* des Westens von einer solchen Umkehr nichts wissen will, ist nur normal. Findet aber wenigstens der westliche *Sozialismus* dazu die Einsicht und die Kraft? Das ist die Frage, von deren Beantwortung die Möglichkeit abhängt, den Komunismus nicht allein in Ostdeutschland, sondern überall auf der Welt so zu überwinden, daß sein revolutionäres Anliegen erfüllt, ja überboten wird, ohne daß doch die persönliche und politische Freiheit darunter leidet oder gar geopfert werden muß. Wir wollen dazu gerade in der heutigen Lage, in der neuen Phase der Auseinandersetzung von «West» und «Ost», wieder ein Wort sagen, um so mehr als die Lage des europäischen Sozialismus an der jüngst in Frankfurt am Main abgehaltenen Konferenz des *Internationalen Bundes religiöser Sozialisten* an erster Stelle auf der Tagesordnung stand *.

Wie stellt sich die Lage des westlichen Sozialismus unserem Blick heute dar? Man spricht gern von einer *Krise* dieses Sozialismus. Ich meinerseits fürchte, daß der westliche Sozialismus — der Sozialdemokratismus, wie man genauer sagen muß — schon über den Punkt hinweg ist, wo sich entscheidet, ob sich sein Dasein zum Guten oder zum Schlimmen wendet. In allzuvielen seiner Erscheinungen und Betätigungsformen macht er bereits den ausgesprochenen Eindruck einer fortschreitenden *Erstarrung und Verkalkung*, einer rasch zunehmenden Vertrocknung seiner Lebenssäfte — auch wenn die alten Formeln und Symbole, Programme und Bekenntnisse noch immer Leben und Bewegung vortäuschen. «Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben» — das muß man weithin auch vom modernen Sozialdemokratismus feststellen.

Es ist nun einfach Tatsache, daß sich die Haltung der sozialdemokratischen Parteien zum Kapitalismus im Vergleich zu früher wesentlich geändert hat, weil angeblich der Kapitalismus selbst ein anderer geworden sei. Er sei, so hören wir, längst über seine Kinderkrankheiten hinausgewachsen, wie sie die klassischen Theoretiker des Sozialismus beschrieben haben; er sei reifer, menschlicher, manierlicher geworden, habe gelernt, mit der Arbeiterschaft vertragsmäßig zusammenzuarbeiten, und mache ohne erheblichen Widerstand die Entwicklung zum sozialen Wohlfahrtsstaat mit, der den Klassenkampf als gegenstandslos erscheinen lasse. Der Kapitalismus soll insbesondere eine Technik entwickelt haben, welche Wirtschaftskrisen, wenn nicht überhaupt unmöglich, so doch viel leichter erträglich mache als ehedem. Und nicht zuletzt habe er seine Eigenschaft als Kriegskraft in entscheidendem Grade verloren; die Kriegsgefahr gehe heute vor allem vom *Kommunismus* aus, auf dessen Bekämpfung als des Erzfeindes von Freiheit, Menschlichkeit, Sittlichkeit und Völkerfrieden die So-

* Siehe den besonderen Bericht über die Konferenz in diesem Heft.

zialdemokratie denn auch alle Leidenschaft wirft, deren sie noch fähig ist. Der Sozialdemokratismus ist so, wie Professor G. D. H. Cole, der berühmte englische Sozialökonom, gerade auch als Mitglied der Labourpartei unlängst feststellte, aus einer internationalen revolutionären Bewegung zu einer Gruppe von unabhängigen nationalen Wählerbewegungen geworden, deren Ziel es im besten Falle ist, die parlamentarische Mehrheit mit Hilfe von nichtsozialistischen Stimmen zu erreichen, und die sich darum wohl hütet, das gute Funktionieren des kapitalistischen Systems zu stören.

Damit sei nichts gegen die großen Leistungen gesagt, die der reformistische Sozialismus in jahrzehntelangen hartnäckigen Kämpfen für die *Hebung der Lage der Arbeiter auf dem Boden des Kapitalismus* vollbracht hat. Sie müssen festgehalten und nach Kräften erweitert werden — das ist selbstverständlich. Aber das ändert nichts daran, daß die Sozialdemokratie gegenüber der ihr übertragenen *entscheidenden* Aufgabe mehr und mehr versagt hat: im Kampf um die *Überwindung des kapitalistischen Regimes selbst.* Sie hat sich im Grund ihres Herzens mit dem Kapitalismus durchaus abgefunden — diesem System, das sich immer deutlicher als eine Kraft moralischer Zersetzung und Anarchie ersten Ranges enthüllt, und das deshalb einfach gestürzt werden muß, wenn so etwas wie ein Reich der Gerechtigkeit oder gar Brüderlichkeit auf Erden erstehen soll. Eben dieses seines auflösenden, anarchischen Charakters wegen bleibt aber der Kapitalismus auch die größte Gefahr für alles politische und soziale Zusammenleben der Menschen. Vollbeschäftigung und Wohlfahrtsstaat sind auf seinem Boden nur vorübergehende, trügerische Erscheinungen; sie werden in dem Augenblick verschwinden, da die im Schoße des Kapitalismus schlummernden Kriegskräfte — gegenwärtig besonders als gewalttätiger Antikommunismus wirksam — aufbrechen, oder da die riesigen Rüstungsaufträge, mit denen er sich seit drei, vier Jahrzehnten künstlich am Leben zu erhalten vermag, aufhören und seine inneren Gegensätze voll zum Ausdruck kommen lassen werden. Diesen Kräften steht der Sozialdemokratismus ohnmächtig gegenüber; er sieht sie oft nicht einmal klar und stellt sich demgemäß halb naiv, halb berechnend — mit wenigen Ausnahmen — ins Lager der kapitalistisch geführten Westmächte mit ihrer Aufrüstungs- und Drohpolitik gegenüber dem Ostblock und ihrem blind-brutalen Kolonialismus, außerstande, sich rückhaltlos, unzweideutig für die gewaltige Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker, der Kolonial- und Halbkolonialländer einzusetzen. Er käme damit ja in die Nachbarschaft, ja in die, wenn auch begrenzte Kampfgemeinschaft mit dem Kommunismus — und das ist doch *die* Todsünde für einen «Sozialismus», der vielfach unbedenklich in enger Koalition und Zusammenarbeit mit den bürgerlich-kapitalistischen und klerikalen Parteien lebt!

Die Folge ist natürlich, daß das Monopol des Kampfes gegen Im-

perialismus und Kolonialismus eben den *Kommunisten* überlassen bleibt. Ja, man muß weitergehen und sagen, daß der Kommunismus überhaupt nie aufgekommen wäre, wenn nicht schon seit Jahrzehnten die westliche Demokratie, die sich sozialistisch heißende wie die bürgerliche, und mit ihr die abendländische Christenheit im Kampf gegen das soziale Unrecht, wie es besonders gegenüber den «rückständigen» Völkern, Rassen und Klassen verübt wurde, so katastrophal versagt hätte. Wir haben diesen Zusammenhang in den «Neuen Wegen» immer wieder, zuletzt auch in unserer Schilderung des chinesischen Freiheitskampfes, so deutlich herauszuarbeiten versucht, daß darüber jetzt nichts mehr zu sagen nötig ist. Es ist nur die Folgerung aus dieser ganzen Sachlage zu ziehen: Die sich zum Sozialismus bekennenden Parteien des Westens müssen sich aus der tödlichen Umklammerung durch den bürgerlich inspirierten Antikommunismus freimachen und sich wieder auf sich selbst stellen, sich auf ihre wirkliche Aufgabe besinnen. Gewiß, sie haben in einem entscheidenden Augenblick völlig versagt: damals, als am Ende des Zweiten Weltkrieges in West- und Mitteleuropa der Sozialismus seine große Chance gehabt hat. Statt sie entschlossen zu nützen, haben sie es nach einem kurzen Anlauf — dessen bemerkenswerteste Leistung die ersten Reformen der britischen Labourregierung waren — vorgezogen, sich mit den Vereinigten Staaten zu solidarisieren, die *ihre* große Chance zielbewußt wahrnahmen und die alten kapitalistischen Ordnungen großzügig wiederherzustellen begannen. Aber es ist nicht gesagt, daß die europäischen Sozialisten diese Satellitenrolle immer weiterspielen müssen, eine Rolle, die, wie Professor Cole sagt, «bis zum Verrat am Sozialismus geht». Nur müssen dann eben *neue Kräfte* in ihrer Mitte aufbrechen, wobei den *christlichen* Sozialisten eine besondere, wichtige Aufgabe zufiele. Getragen von diesen Kräften, brauchten die Sozialisten keine Angst vor einer Zusammenarbeit auch mit den Kommunisten und vor einer Anerkennung der kommunistischen Bewegungen und Regime in den Ländern zu haben, in denen durch Mitschuld der Sozialdemokratie der Kommunismus mächtig geworden ist. Geschieht diese Erneuerung des westlichen Sozialismus nicht, dann ist freilich die Gefahr groß, daß nicht nur in Asien, Afrika und Lateinamerika, sondern auch in West- und Südeuropa die soziale Umwälzung von derjenigen Bewegung getragen werden wird, die ihre Notwendigkeit am klarsten erkannt hat und entschlossen ist, die Mittel dafür zu gebrauchen, die *sie*, aus ihrer kommunistisch-materialistischen Lebensauffassung heraus, für wirksam und richtig erachtet.

Man sollte miteinander reden! Ich entwickelte in Frankfurt diesen Gedankengang in einem Korreferat, das zwischen die beiden Hauptvorträge von Minister Dr. Arno Hennig und Professor Dr. G. Weißer hineingelegt war. Vorher

hatte unser Freund, Pfarrer Maurice *Voge* aus Paris, der Generalsekretär des «Christianisme social», in einem französischen Korreferat ganz ähnliche Auffassungen dargelegt. Die Zukunftsschau Marxens, so sagte er, hat sich nicht verwirklicht; insbesondere ist die Arbeiterschaft eine Minderheit im Volke geblieben und kann Erfolge nur mit Hilfe der fortschrittlichen Mittelschichten erringen. Ihre Lebenshaltung hat sich im Kapitalismus ständig gehoben; der Klassenkampf hat sich innerhalb der einzelnen Staaten nicht verschärft, und die Kernfrage ist nicht mehr die Verteilung des Mehrwertes, sondern die allgemeine Steigerung der Produktion. Dazu ist die internationale Solidarität der Arbeiterschaft eine sehr fragwürdige Sache geworden; «das Drama unserer Epoche ist, daß die Verwirklichung des Sozialismus im nationalen Rahmen erfolgt», sowohl bei den nordischen Völkern und in England wie namentlich in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten. Hier hat der Sozialismus nur durch schwerste Opfer und mit einer autoritären Disziplin aufgebaut werden können, bei der die Freiheit verloren gegangen ist. Die russische Revolution ist zuerst national und erst dann sozialistisch. Von den kapitalistischen Ländern bedroht, hat der Sozialismus in der Sowjetunion eine militaristische und imperialistische Politik machen und seine Gegner von innen her zersetzen müssen, um am Leben zu bleiben. Rußland kann seinen Willen zu friedlicher Koexistenz mit den anderen Staaten nur dann behaupten, wenn der westliche Sozialismus ihm die Gewähr bietet, daß diese Entspannung nicht zu einer Wiederherstellung der alten Ordnungen benützt würde. Aber leider ist der westliche Sozialismus der feindliche Bruder des Kommunismus geworden. Sozialisten und Kommunisten bedrohen einander gegenseitig und steigern einander in ein militärisches Wettrüsten hinein.

Die Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Parteien ist, wie Voge glaubt, zunächst eine Folge der allgemeinen Verbürgerlichung des Westens und des Emporkommens der Mittelschichten. Ihr Aufstieg zu politischer Macht mit den damit verbundenen Kompromissen, ihre Entfremdung gegenüber dem christlichen Idealismus, der die sozialistische Bewegung anfänglich inspirierte, der Mangel an Klassenbewußtsein und politischer Leidenschaft hat bewirkt, daß der Sozialismus seine Schwungkraft eingebüßt und das revolutionäre Ziel aus den Augen verloren hat. Er versinkt so einfach in einen Reformismus ohne Reform. Die französische Sozialdemokratie (S. F. I. O.) ist keine Arbeiterpartei mehr, sondern zu 65 Prozent eine Partei von Angestellten, Beamten und Pensionierten. Das Arbeitervolk geht zu den Kommunisten. Die Sozialistische Partei weiß nicht mehr, was sie mit ihrem Marxismus anfangen soll, den sie weder abzuwerfen noch zu erneuern wagt, und vertritt eher platte materielle Interessen als ein sozialistisches Programm. Sie stellt in den Vordergrund die politische Freiheit und hofft nicht allein durch die Arbeiterschaft zur Macht zu

kommen, sondern durch die Bekehrung der Gesamtnation zu einer sozialistischen Ethik.

Und tatsächlich kann der Sozialismus nur siegen, wenn seine Sache die Sache des ganzen Volkes wird, wenn er das Recht der menschlichen Person, wenn er die Demokratie verteidigt und sich mit einem neuen idealistischen Geist erfüllt. Er muß gleichzeitig eine klare und tiefe sozialistische Überzeugung zurückgewinnen und zu einer Aktionsgemeinschaft zwischen seinem rechten und seinem linken (kommunistischen) Flügel kommen. Heute fehlt es ihm an einer solchen Überzeugung; das erklärt die Furcht der Sozialdemokraten vor einem Gespräch und einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Anderseits liegt es auf der Hand, daß wir dem Kommunismus auch im Westen nur entgehen können, wenn wir in der Welt den Hunger, die Unwissenheit und die Ausbeutung zu überwinden vermögen. Die Aktion des Sozialismus muß darum auch pazifistisch und internationalistisch sein, die militärischen Kompromisse ablehnen und den Frieden und die wirtschaftliche Demokratie in Europa organisieren. Der Gegensatz von Reformismus und Revolutionarismus muß überbrückt werden; wir müssen ebenso über einen ohnmächtigen Sozialdemokratismus hinauskommen wie über den autoritären Kommunismus. Gelingt es uns nicht, eine solche Synthese zu finden und den Sozialismus willensmäßig zu erbauen, wird uns die wirtschaftliche Entwicklung zu einem diktatorischen Sozialismus zwingen, der schicksalshaft über uns kommt.

Soweit Voge. Sein Vortrag war voller fruchtbarer Anregungen, fiel aber — obwohl er in deutscher Übersetzung vorlag — gänzlich unter den Tisch. Nicht *ein* Votant trat auf seine Thesen ein, so daß Voge mit einem kurzen Schlußwort resigniert und enttäuscht von der Konferenz schied. Mein eigenes Referat wurde nur mit etlichen bissigen Randbemerkungen und vorsichtigen Fragen von diesem und jenem Redner aufgegriffen oder dann einfach in Bausch und Bogen abgelehnt. Von einem wirklichen, ernsthaften Gespräch über die aufgeworfenen Fragen, die schließlich an die Lebenssubstanz des Sozialismus rühren, war keine Rede. Es gab keinerlei Diskussion über Dinge wie die Verbürgerlichung und «Amerikanisierung» der westlichen Sozialdemokratie, über einen sozialistischen Beitrag zur Entspannung des Ost-West-Verhältnisses, über die Gefahr des Atomkrieges, über Koexistenz und Abrüstung. Man verlor sich in Erörterungen über Planung in der Wirtschaft, über die Verbesserung des menschlichen Klimas in den Betrieben, über die Dezentralisierung der Industrie, über den Staat als Freiheitsproduzenten und eine Reihe ähnlicher Gegenstände, die im wesentlichen abseits vom eigentlichen Kern der heutigen Lage des Sozialismus liegen. Und am Schluß der Verhandlung wußte der Präsident, Professor Banning (Holland), nichts Besseres zu tun, als ganz summarisch, ohne jedes sachliche Argument, gegen meine Haltung

erregt zu protestieren und in den Saal hineinzurufen: «Wer ist denn überhaupt Kramer, daß er wagt, sich hier zum Richter über die sozialdemokratischen Parteien aufzuwerfen und sie des Verrats zu bezichtigen?» (Ich hatte mich in der Tat auf Professor Cole berufen, der, wie oben erwähnt, von einer «unheilvollen Politik» der sozialdemokratischen Parteien gesprochen hat, die «bis zum Verrat» gehe*.

Es ist klar, daß wir so nicht weiterkommen. Nicht als *religiöse* Sozialisten, aber auch nicht als Sozialisten ganz allgemein. Den andern menschlich achten, auch wenn man seine Überzeugungen durchaus ablehnt, und auf sein Anliegen, hinter dem viel ernstes Ringen steht, ebenso ernst eintreten — das ist doch eigentlich erste Voraussetzung alles Wahrheitskampfes. Was für Folgerungen aus der Frankfurter Diskussion (oder Nichtdiskussion) die Organisationen des religiösen Sozialismus ziehen wollen, muß hier unerörtert bleiben. Was aber den «weltlichen» Sozialismus betrifft, so muß man schon fragen: Wenn das am grünen Holz des *religiösen* Sozialismus geschieht, was soll am dürren des Vulgärsozialismus werden? Ich weiß, welch lebendige, zukunftsreiche Kräfte auch in den sozialdemokratischen Parteien noch wirken. Ich weiß aber auch, wie schwer, wie fast hoffnungslos schwer es ist, diesen Kräften gegenüber dem satten Ungeist und der festgefahrenen Apparatur der Gesamtorganisationen zum Durchbruch zu verhelfen. Andere mögen optimistischer sein; *meine* jahrzehntelangen Erfahrungen und Beobachtungen am offiziellen Sozialdemokratismus sind derart, daß ich wenig Hoffnung auf eine Erneuerung seines Wesens ohne vorgängige heftigste Erschütterungen habe.

16. September. *Hugo Kramer*

Die Notlage der öffentlichen Schulen Amerikas

Ein Artikel im «*Christian Century*» (Das christliche Jahrhundert), der Wochenzeitschrift aller christlichen Denominationen (9. März 1955) bestätigt, was in zum Teil sensationeller Aufmachung seinen Weg in die USA-Presse und in die europäischen Zeitungen gefunden

* Es trifft sich gut, daß in einem späteren, wegen Krankheit des Verfassers schriftlich erstatteten Referat ein Wort von Pfarrer K. Strijd angeführt wurde: «Leider hat sich so mancher religiöse Sozialismus an die bestehenden sozialistischen Parteien ketten lassen. Diese Bindung lähmt jeden Willen zu einem rettenden und stimulierenden Radikalismus. Diese Bindung, die den schönen Namen ‚Solidarität' trägt, bedeutet im Grunde Kapitulation vor der Bürgerlichkeit, Verrat an demjenigen, was wesentlich für einen wirklich religiösen Sozialismus ist und sein sollte.» Das Zitat wurde an der Konferenz zwar nicht verlesen; aber vielleicht hat der Präsident die Äußerung seines Landsmannes im Manuskript doch gelesen. Wird er wohl auch ausrufen: «Wer ist überhaupt dieser Strijd, daß er es wagt» und so weiter . . . ?